



Energiepolitik

Weigert: "Einführung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung muss jetzt rasch kommen!"

25. Juni 2019

MÜNCHEN/DÜSSELDORF/BREMERHAVEN/BERLIN In einem gemeinsamen offenen Brief appellieren über 40 Verbände an die Wirtschafts- und Energieminister der Länder, sich über den Bundesrat für die Umsetzung der steuerlichen Fördermöglichkeit für energetische Gebäudemodernisierungen einzusetzen. Verbandsvertreter der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF) übergeben den Brief heute am Rande der Wirtschaftsministerkonferenz an Bayerns Wirtschafts- und Energiestaatssekretär Roland Weigert und den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart. Bayern und NRW hatten sich in einem gemeinsamen Schreiben vom 25.4.2019 gegenüber Bundeswirtschaftsminister Altmaier und Bundesfinanzminister Scholz für eine attraktive, technologieoffene und einfach zu handhabende steuerliche Förderung ausgesprochen. Die beteiligten Verbände wollen mit dem Appell den beiden Vorreitern der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung den Rücken stärken.

Die unterzeichnenden Verbände und Organisationen bitten Bayern und NRW, dass sich über den Bundesrat alle Länder dafür einsetzen, dass dieses Vorhaben jetzt im Rahmen des Bundeshaushalts 2020 berücksichtigt und gesetzlich verankert wird. Bayerns Wirtschafts- und Energiestaatssekretär Roland Weigert: „Eine Maßnahme, über die so breiter Konsens besteht wie die Steuerförderung für Gebäudemodernisierung, duldet keinen weiteren Aufschub. Ein wirksamer und substanzieller Steueranreiz ist neben einer besseren Zuschussförderung ein wichtiger Treiber, um die Potenziale für die energetische Ertüchtigung der Bestandsgebäude in Deutschland zu heben. Diese Chance darf nicht vertan werden.“ Weigert weiter: „Im Bestand kann die größte Energie- und CO₂-Einsparung erzielt werden mit einem hohen Anteil regionaler Wertschöpfung. Wir schaffen damit neue Chancen für Verbraucher, Hausbesitzer, Beschäftigte, Unternehmen, Planer und

Handwerker in Bayern und Deutschland.“

Die Maßnahme wurde bereits 2008 von Bayern im Bundesrat eingebracht und wird seit 2011 zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat diskutiert.

Fotos von der Briefübergabe können im Laufe des Tages unter folgendem Link heruntergeladen werden: www.stmwi.bayern.de/service/mediathek/.

Dr. Sandra Nißl, stv. Pressesprecherin

Tel.: 089/2162-2612

[sandra.nissl\[at\]stmwi.bayern\[dot\]de](mailto:sandra.nissl@stmwi.bayern.de)

Pressemitteilung-Nr. 179/19